

27. Leipziger Weltwirtschaftsseminar – Konvergenz versus Divergenz in der Europäischen Union in der Krise

Bericht über eine Konferenz am 13./14. Januar 2014 in Leipzig

Ansgar Belke und Gunther Schnabl*

Fehlentwicklungen auf den europäischen Finanz- und Staatsanleihenmärkten haben zu wachsenden Divergenzen in Europa und damit zur derzeitigen Krise in Europa beigetragen. Im Ergebnis hat sowohl im Norden als auch im Süden der Europäischen Union die Akzeptanz des europäischen Integrationsprozesses gelitten. Als Ausweg aus der Krise wird häufig eine stärkere Zentralisierung der Handlungen relevanter Akteure gesehen. Ebenso gehen die finanz- und geldpolitischen Rettungsaktionen sowie umfassende Regulierungsbestrebungen mit einer wachsenden Rolle des Staates für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa einher.

Zu den konstitutiven Bestandteilen einer Wirtschafts- und Währungsunion gehören neben einer gemeinsamen Geldpolitik auch Elemente einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Das bedeutet jedoch erstens nicht, dass eine „gemeinsame Wirtschaftspolitik“ alle Bereiche der Wirtschaftspolitik umfassen muss. Zweitens ist eine „gemeinsame Wirtschaftspolitik“ nicht zwingend mit einer Zentralisierung wirtschaftspolitischer Kompetenzen auf der Gemeinschaftsebene verbunden.

Der „Theorie des Fiskalföderalismus“ zufolge sollten wirtschaftspolitische Kompetenzen nur dann einer übergeordneten Staatsebene zugewiesen werden, wenn damit Effizienzgewinne verbunden sind. Zudem erstreckt sich der Aufgaben- und Ausgabenkatalog der EU auch auf Politikbereiche, bei denen aus ökonomischer Perspektive eine Rückverlagerung auf die nationale Ebene effizient erscheint. Dies mag aus außen- bzw.

* Prof. Dr. Ansgar Belke, University of Duisburg-Essen, Department of Economics, Chair of Macroeconomics, Universitätsstr. 12, 45117 Essen, E-Mail: ansgar.belke@uni-due.de

Prof. Dr. Gunther Schnabl, University of Leipzig, Institute for Economic Policy, Grimmaische Str. 12, 04109 Leipzig, E-Mail: schnabl@wifa.uni-leipzig.de.

eupapolitischen Gründen unrealistisch erscheinen. Umso wichtiger ist es aber, die Spannung zwischen ökonomisch sinnvollen und tatsächlichen EU-Kompetenzen nicht durch Beschlüsse über mehr Zentralisierung in Folge der Eurokrise weiter zu verstärken.

Die von der Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e.V. geförderte Konferenz „Konvergenz versus Divergenz in der Europäischen Union in der Krise“ war diesem Themenkreis gewidmet. Sie fand am 13./14. Januar 2014 in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen an der Universität Leipzig statt.¹

Ansgar Belke, Universität Duisburg-Essen, und Gunther Schnabl, Universität Leipzig, zeigten zu Beginn der Konferenz die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen für Europa in der derzeitigen globalen Krise auf. Das Wachstum der Industrieländer habe sich stetig verlangsamt, während sich das Wachstumszentrum der Weltwirtschaft von Nordamerika und Europa nach Ostasien verschoben habe. Europa sehe sich bei trüben Wachstumsperspektiven mit wachsenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen wie hohen Kosten der Finanzmarktstabilisierung, drohenden Staatsschuldenkrisen und wachsender Divergenz in der Europäischen Union konfrontiert. Während bis Ausbruch der europäischen Finanz- und Schuldenkrise die Unterschiede in den Wohlstandsniveaus zwischen europäischem Zentrum und Peripherie stetig gesunken sind, hat sich im Verlauf der Krise die Schere wieder aufgetan. Robustem Wachstum in der Nordhälfte der Europäischen Union stehen einschneidende Krisen und Stagnation im Süden und der Osten der Union gegenüber. Insbesondere im Süden seien die Erwartungen hinsichtlich umfassender Hilfeleistungen groß.

Belke und Schnabl stellen die Krise in Europa als eine Krise dar, die von den Finanzmärkten ausgegangen sei, sich zur Staatsschuldenkrise einiger EU-Mitgliedstaaten potenziert habe sowie nationale Regierungen, Europäische Kommission und Europäische Zentralbank vor wachsende Herausforderungen stelle. Zwar sei in Deutschland und einigen kleineren nordeuropäischen Mitgliedsstaaten der Union das Wachstum noch robust. Die Staatsverschuldung wachse in diesen Ländern deutlich

¹ Dieses Projekt wurde unter anderem mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung tragen allein die Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben. Ein weiterer Sponsor war die Hanns Martin Schleyer-Stiftung im Rahmen der Förderinitiative „Dialog Junge Wissenschaft und Praxis“.

langsamer als in den überwiegend süd-, mittel- und osteuropäischen Krisenländern. Doch sei in fast allen Ländern der Union ein Anstieg der Staatsverschuldung weit über die Zielvorgaben von Maastricht auf historische Höchststände zu beobachten. Da dem Krisenmanagement durch schuldenfinanzierte Staatsausgaben durch die Europäischen Verträge Grenzen gesetzt seien, werde die Europäische Zentralbank in immer umfassendere Rettungsmaßnahmen wie Zinssenkungen gegen Null, den Ankauf von Staatsanleihen von Krisenländern bzw. die implizite Garantien für den Kauf von Staatsanleihen von Krisenstaaten gedrängt.

Während die Krisenpolitiken auf der supranationalen Ebene der Europäischen Union drauf abzielten, den Zusammenhalt Europas einschließlich seiner jungen einheitlichen Währung sicher zu stellen, sei sowohl bei der Staatsverschuldung einzelner Staaten als auch innerhalb der Europäischen Zentralbankbilanz eine wachsende Divergenz zu erkennen, die die Glaubwürdigkeit dieser Institutionen untergrabe. Die europäischen Zukunftsperspektiven seien durch drohende Währungsinstabilität, hohe Schuldenlasten, alternde Bevölkerungsstrukturen, wachsenden Reformdruck, eingetrübte Wachstumsperspektiven sowie bei wachsender Einkommensungleichheit durch schwelende politische Unzufrieden geprägt. Die Herausforderungen gestalteten sich deshalb größer denn je. Die von der Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e.V. organisierte Konferenz solle dazu beitragen, nachhaltige Lösungsansätze für die virulenten Probleme der Europäischen Union zu erarbeiten.

Den Anfang machte ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte. Phillip Rössler, Universität Leipzig, eröffnete historische Perspektiven des Tagungsthemas und befasste sich mit der monetären Integration im Heiligen römischen Reich deutscher Nation. Er zeigte zunächst aus wirtschaftshistorischer Sicht die Bedeutung von Währungsstabilität für Wachstum und Wohlstand auf. Er unterstrich für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, dass über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten hinweg der sinkende Silbergehalt süddeutscher Pfennige mit einem Anstieg der Kornpreise verbunden war. Perioden starker Geldentwertung seien auch Perioden gewesen, in den die politische Unzufriedenheit, zum Beispiel gemessen in Form von Bauernaufständen, hoch gewesen sei. Empirische Untersuchungen ließen die Schlussfolgerung zu, dass Perioden hoher (geringer) Währungsstabilität mit höherem (niedrigerem) Wachstum verbunden gewesen sind. Die Schaffung einer einheitlichen Währung in Deutschland ab 1871 habe Wachstum und Produktivitätsgewinne in Zuge der Industrialisierung begünstigt.

Das zweite Panel befasste sich mit der Diskussion um die geld- und finanzielle Konsolidierung mit einem Kernbereich wirtschaftspolitischer Herausforderungen in der Europäischen Union.

Ludger Schuknecht, Leiter der Grundsatzabteilung Wirtschaftspolitik des Bundesministeriums für Finanzen, sah die finanzielle Konsolidierung als zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe in Europa. Er erteilte Forderungen eine Absage, dass eine schuldenfinanzierte Nachfragestimulierung der Königsweg aus der Krise sei. Dafür seien die Schuldenstände in den meisten europäischen Staaten einfach bei weitem zu hoch. Die Ursache für hohe Schuldenstände liege darin begründet, dass den Staaten wachsende Aufgaben der sozialen Sicherung übertragen worden seien, ohne dass die Einnahmen entsprechend gewachsen seien. Mit der jüngsten Krise sei die Herkulesaufgabe der Stabilisierung von Banken und Finanzsystem hinzugekommen, die ohne das Eingreifen der Europäischen Zentralbank viele Länder in die Schuldenkrise gestürzt hätte.

Da die wachsenden Staatsquoten, die schlechende Stagnation im Verlauf der europäischen Finanz- und Schuldenkrise sowie die alternden Gesellschaften die Wachstumsaussichten trübten, erweise sich eine Strategie des Herauswachsens aus der Verschuldung als nicht sehr aussichtsreich. Nur durch Strukturreformen und ein investitionsfreundliches Steuersystem könne das Potenzialwachstum so gesteigert werden, dass im gesamten Europa die Staatsverschuldung als Anteil am BIP sinken könnte. Strukturreformen und die Konsolidierung der Staatsfinanzen seien auch eine Voraussetzung, um die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank auf lange Frist sicherzustellen.

Jürgen Stark, ehemaliger Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, zeigte das Dilemma der europäischen Geldpolitik auf, die zunehmend für die Stabilisierung und den Zusammenhalt Europas in die Pflicht genommen werde. Er machte deutlich, dass die Zinsen in den großen Volkswirtschaften seit 2007 steil gegen Null konvergiert sind und seit dem Erreichen der Nullzinsgrenze durch im Volumen schnell wachsende unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen ersetzt worden sind. Die angelsächsischen Zentralbanken hätten sich bereits seit 2009 auf der Grundlage einer zu niedrigen Nachfrage auf die Steuerung der Gesamtnachfrage durch quantitative Lockerung und Forward Guidance (Garantieren eines langfristig sehr niedrigen Leitzinsniveaus) verlassen. Die Europäische Zentralbank betreibe seit 2010 eine quasi-Fiskalpolitik, bei der sie nicht nur kostenlose Liquidität für angeschlagene Banken zur

Verfügung stelle, sondern auch Staatsanleihen wirtschaftlich angeschlagener Länder kaufe. Die Europäische Zentralbank sei in die Rolle des zentralen europäischen Krisenmanagers gedrängt worden, weil sie als einzige europäische Institution über die notwendige Flexibilität und ausreichende Ressourcen verfüge. Dies sei mit großen Risiken verbunden.

Stark äußerte einerseits verfassungsrechtliche Bedenken. Die Outside Monetary Transactions (OMT) der Europäischen Zentralbank könnten auch als „Outside the Mandate Transactions“ bezeichnet werden, da sie kein geldpolitisches Instrument für den ganzen Euroraum seien. Sie zielen vielmehr darauf ab, die Refinanzierungskosten einzelner Mitgliedsstaaten abzusenken und ständen damit im Konflikt mit dem Verbot der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank. Der Marktmechanismus werde über längere Zeit gestört. Im März 2012 hätten Merkels politische Garantie („at all costs“) und Draghi operationale Garantie („whatever it takes“) zwar dazu geführt, dass sich die Finanzmärkte beruhigt hätten. Andererseits sei zu befürchteten, dass durch die Flutung der Märkte mit billiger Liquidität die Konsolidierung der Bankenbilanzen und die Konsolidierung der Staatsausgaben durch Strukturreformen vertagt würden. Zudem seien implizite Garantien wie diese von Merkel und Draghi eine Einladung für neues spekulatives Verhalten auf den Finanzmärkten.

Stark verwies mit Nachdruck auf die möglichen (unkontrollierbaren) Nebeneffekte der geldpolitischen Rettungsmaßnahmen, die faktisch keine Bedingungen mehr für sehr großzügige Liquiditätszufuhr formulierten. Diese führten unter anderem zu strukturellen Verzerrungen, lähmten den Interbankenmarkt, enteigneten Sparer und stellten kapitalstockfinanzierte Altersversorgungssysteme in Frage. Das Risiko neuer Fehlentwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten steige und die Unabhängigkeit der Zentralbank werde unterminiert. Das Gesicht der Zentralbanken habe sich grundsätzlich in Bereiche jenseits ihres in den europäischen Verträgen definierten Mandats verändert: Finanzmarktstabilisierung, Bankenaufsicht und Kreditvergabe der letzten Instanz seien in den Mittelpunkt gerückt. Geldwertstabilität und Haftung seien in den Hintergrund getreten.

Adalbert Winkler, Frankfurt School of Finance, begegnete in seinem Vortrag „Ordnung und Vertrauen – Zentralbank und Staat in der „Eurokrise“ der Sichtweise, dass die Zentralbanken durch geldpolitische Rettungsmaßnahmen mit dem Aussetzen des Haftungsprinzips und dem Untergraben der Währungsstabilität die Funktionsweise der Marktwirt-

schaften außer Kraft setzten. Er legte dar, warum aus seiner Sicht die Zentralbank in der Krise die Pflicht habe, Ordnung und Vertrauen zu sichern. In der Krise stelle diese als „Lender of Last Resort“ durch die Zufuhr billiger Liquidität die Stabilität des Finanz- und Wirtschaftssystems sicher.

Denn in der Krise sei das Finanzsystem aufgrund seiner systemimmanenten Instabilität von Misstrauen und Ansteckungseffekten bedroht. Der Kollaps einzelner Finanzinstitute könne zu unkontrollierten Kettenreaktionen führen, die nicht nur den Kollaps des Finanzsystems, sondern auch hohe Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Allein die Zentralbank könne durch die Zufuhr von Liquidität Vertrauen und Ordnung sicherstellen. Dieser Zielsetzung seien ordnungspolitische Grundprinzipien wie Haftung und Währungsstabilität klar unterzuordnen. Der Staat müsse die Zentralbank in ihrer Funktion als „Lender of Last Resort“ unterstützen, indem er Solvenzrisiken übernimmt und Durchgriffs- und Kontrollrechte gegenüber den gegen Illiquidität versicherten Banken/Schuldnern erhält. Der Ansicht von Ordnungspolitikern wie von Hayek und Eucken, dass Finanzmarktkrisen immer durch staatliche Fehlanreize für das Bankensystem entstehen, setzt Winkler das Argument der Alternativlosigkeit in der gegebenen Situation entgegen: in einer Krise könnten das Haftungsprinzip und das Primat der Währungspolitik nicht durchgesetzt werden, weil dadurch die Krise verstärkt würde. Jede Ankündigung, dass dem so sei, sei zeitinkonsistent.

Guntram Wolff, Direktor des Brüsseler Think Tanks Bruegel, leitete den Themenblock „Zentralisierte Finanzpolitik und unkonventionelle Geldpolitik als Wege zur Konvergenz“ ein und diskutierte die Perspektiven der Finanzmarktstabilität in Europa. Er skizzierte mögliche Wege, das Bankensystem in Europa zu stabilisieren und den vielzitierten Teufelskreis zwischen Bankenproblemen und Staatsverschuldung zu durchbrechen. Der Bilanztest für die Banken in Europa sei zentral für die Wiederherstellung des Vertrauens in das europäische Bankensystem, da dadurch die Risiken aufgedeckt würden, die die Marktbewertungen von Banken suggerieren. Dies sei der erste Schritt zur Bereinigung dieser Risiken, wobei die Beteiligung der Gläubiger vorrangig sei. Allerdings sei eine Beteiligung der Steuerzahler nicht auszuschließen. Deutschland müsse seine Bedenken gegen die Bankenunion aufgeben. Für einen gemeinsamen Kapitalmarkt seien europäische Banken nötig und nicht solche, die nur im eigenen Land agieren. Ein stabilerer Finanzsektor würde auch zur Stabilität der Staatsfinanzen in Europa beitragen. Mehr Solidarität,

auch bei der Stabilisierung der Banken, sei ein wichtiges Signal für die Menschen in Europa.

Claudia Buch, Vizepräsidentin der Bundesbank, eröffnete das Panel „Stabile Finanzmärkte für die Europäische Union“. Sie skizzierte aus Sicht des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) verschiedene Wege zu mehr Finanzmarktstabilität in Europa. Sie sah die Europäische Bankenunion grundsätzlich als Chance, das Bankensystem in Europa zu stabilisieren und den vielzitierten Teufelskreis zwischen Bankenproblemen und Staatsverschuldung zu durchbrechen.

Eine verbesserte Finanzmarktordnung solle eine europäische Aufsicht und Kontrolle über die Banken sicherstellen. In einem bedeutenden Teil der Wirtschaftspolitik, der Finanzmarktregulierung, sei daher von dem Prinzip der nationalen Kontrolle abzuweichen. Denn in einem integrierten Finanzmarkt wirkten sich Schieflagen von Banken über Ländergrenzen hinweg aus, was zu systemischen Krisen führen könne. Die so stark in Anspruch genommene europäische Geldpolitik sei grundsätzlich ein Mechanismus der Haftung auf europäischer Ebene, dem daher ein wirksamer Aufsichtsmechanismus gegenüber stehen solle. Von entscheidender Bedeutung sei dabei die Umsetzung eines umfassenden Konzepts, das nicht einzelne Elemente ausklammert und weiterhin der nationalen Ebene zuweise.

Roland Vaubel, Universität Mannheim, widmete sich demgegenüber den Problemen der europäischen Bankenunion. Er wandte ein, dass die Europäische Zentralbank die europäischen Finanzinstitute nicht besser überwachen werde als die bisherigen nationalen Aufseher – insbesondere weil ihr die Anreize dazu fehlten. Es sei deshalb vorzugswürdig, Vielfalt und Wettbewerb in der Bankenregulierung zu erhalten. Wer solle über die Eigenkapitalanforderungen, die Einlagenversicherung und Bankenrettungsfonds entscheiden – die Mitgliedstaaten, die Eurogruppe, die EU oder der Baseler Ausschuss? Als Anhänger des Regulierungswettbewerbs plädierte Vaubel für das Subsidiaritätsprinzip, also die Mitgliedstaaten. Jeder Mitgliedstaat habe einen hinreichenden Anreiz, die Stabilität seiner Banken optimal zu sichern. Die einzelnen Staaten hätten deutlich aus der Finanzmarktkrise gelernt und ihre Finanzmarktregulierungen verbessert. Einige – zum Beispiel die Schweiz und Großbritannien – hätten ihre Eigenkapitalanforderungen sogar stärker erhöht, als es die Basel III-Empfehlungen vorsehen. Fast alle EU-Mitgliedstaaten hätten bereits von sich aus Bankenrettungsfonds errichtet.

Da das optimale Regulierungsniveau nicht bekannt sei, bedürfe es verschiedener Lösungsversuche, um aus den Erfahrungen zu lernen und die Risiken von Fehlentscheidungen zu diversifizieren. Der internationale Erfahrungsaustausch sei zwar wichtig, denn dieses Regulierungswissen sei ein internationales öffentliches Gut. Jedoch beträfen die Erkenntnisse nicht nur die Eurozone oder die Europäische Union, sondern auch die USA, die Schweiz und andere internationale Finanzzentren. Deshalb sei zum Beispiel der Baseler Ausschuss ein geeigneteres Forum als die Europäische Union.

Das fünfte Panel spannte den Reigen innereuropäischer Ungleichgewichte auf. Hans-Joachim Haß, Abteilungsleiter Grundsatzfragen der Wirtschafts-, Struktur- und Industriepolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie, diskutierte die Interaktionen zwischen dem „Geschäftsmodell Deutschland“ und den Leistungsbilanzungleichgewichten in der EU. Heftig umstritten sei die Frage, auf welcher Seite die Hauptverantwortung für den Abbau der globalen Handelsungleichgewichte liegt: auf Seiten der Überschuss- oder auf Seiten der Defizitländer? Würden die Überschussländer ihre Überschüsse vorrangig durch unlautere Praktiken wie etwa Lohndumping erzielen, käme ihnen zwangsläufig ein hohes Maß an Verantwortlichkeit zu. Diese Länder müssten nur ihre unlauteren Praktiken einstellen und schon würden sich die Ungleichgewichte vermindern. Wenn es sich jedoch darum handele, dass Länder ihre komparativen Wettbewerbsvorteile in den Handelsbeziehungen ausspielen, gehe diese Argumentation an der Realität vorbei.

Die Forderung, die Überschussländer mögen ihre Exporte drosseln, indem sie weniger wettbewerbsfähig sind, stelle ökonomische Grundprinzipien auf den Kopf und führe die gesamte Logik des Welthandels ad absurdum. Das Streben nach höherer Produktivität sei eines der fundamentalen Grundprinzipien der Ökonomie schlechthin. Aus einem bestehenden Ressourcenportfolio einen höheren Output zu generieren, oder einen angestrebten Output mit möglichst geringem Ressourceneinsatz zu realisieren, sei die ökonomische Art des Wirtschaftens. Nur sozialistische Planwirtschaften könnten oder konnten es sich vermeintlich leisten, unökonomisch zu wirtschaften. Marktwirtschaftliche Ökonomien hingegen strebten gewissermaßen definitionsgemäß nach höherer Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

Dieser Logik folgend liege die primäre Verantwortung für die Beseitigung der globalen Handelsungleichgewichte bei den Defizitländern. Wenn ein Land in der globalen Konkurrenz mit seinen Produkten und

Dienstleistungen nicht wettbewerbsfähig sei, dann helfe es diesem Land nicht, wenn konkurrenzfähige Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit gewissermaßen künstlich herunterschrauben würden. Der einzige erfolgversprechende Weg führe über die nachhaltige Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit.

Der ehemalige Minister für Wirtschaft und Finanzen Griechenlands, Nicos Christodoulakis, referierte anschließend zu „Greece's Past, Present and Prospects in the EMU“. Zehn Jahre nach der Implementierung des ökonomischen Anpassungsprogramms für Griechenland verbleibe die öffentliche Verschuldung auf einem nicht nachhaltigen Niveau. Trotz aktueller Verbesserungen beim staatlichen Budgetsaldo und des gesunkenen Risikos eines Exits des Landes aus der Eurozone fehle es an Exporten und Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosigkeit übersteige die 25-Prozent-Marke, was die sozialen Spannungen nach wie vor erhöhe. Christodoulakis argumentierte, dass ein kritischer Parameter dieser Fehlentwicklungen die grobe Unterschätzung der negativen Wachstumseffekte der Austeritätspolitik gewesen sei. Im Lichte dieser Argumente sollten Politiken sich nun auf die Förderung des Wirtschaftswachstums konzentrieren. Darüber hinaus sollten die fiskalpolitischen Zielwerte gelockert werden, um über die Fiskalmultiplikatoren die wirtschaftliche Aktivität zu erhöhen – der einzige Weg, der Rezession zu entweichen und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Verschuldung wieder herzustellen.

Der letzte Themenblock der Konferenz deckte die politischen Herausforderungen für die europäische Konvergenz ab. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, ehemaliger Ministerpräsident des Landes Sachsen arbeitete die Rolle Deutschlands und die parteipolitischen Perspektiven in der europäischen Krise heraus. Er machte deutlich, dass Europa nicht auf seine wirtschaftliche Dimension zu reduzieren ist. Europa sei nicht verhandelbar. Insbesondere Deutschland dürfe sich seiner historischen Verantwortung für Europa nicht entziehen. Gemeinsam müssten die Europäer bereit sein, sich der Realität zu stellen und die Konstruktionsfehler bei den Institutionen der Währungsunion zu lösen.

Zur nationalen politischen Akzeptanz der europäischen Integrationsbemühungen sprach anschließend Ulrike Guérot, Senior Associate, Open Society Initiative for Europe. Sie bedauerte, dass in Deutschland mit der Fixierung auf Stabilitäts- und Ordnungspolitik ein Diskurs geführt werde, der in Europa „nicht angeschlussfähig“ erscheine. Aus Berlin müsse ein Angebot kommen, wie die Euro-Zone sinnvoll weiterentwickelt werden könne. Sie schlug die Schaffung eines europäischen Bundesstaats als Lö-

sung vor. Dieser solle die gemeinsame Währungspolitik um eine demokratisch legitimierte Zentralgewalt ergänzen, der das Recht zu Verschuldung, Steuererhebung und einer gewissen Umverteilung zukomme. Offen blieb in der Diskussion allerdings, ob die Bürger Europas einen solchen Bundesstaat überhaupt wollen.

Die Konferenz fand mit der von Hans-Werner Sinn, LMU München und CESifo, gehaltenen Keynote-Speech „Die regionale Fiskalpolitik der Europäischen Zentralbank“ ihren Abschluss. Er vertrat durchaus auf den ersten Blick überraschend die These, dass prinzipiell die Vereinigten Staaten von Europa anzustreben seien. Jedoch sei dies nahezu unrealistisch. Die Bereitschaft der Staaten zu Souveränitätsverzicht gehe einfach nicht weit genug. Die Währungsunion sei in keinem guten Zustand. Die ursprünglichen Regeln des Stabilitätspaktes hätten sich nicht bewährt. Die vermeintliche Rettung des Euro sei vor allem durch die EZB und über die Target II-Salden, angekündigte Anleihekäufe („OMT“) und andere unkonventionelle Instrumente bewerkstelligt worden. Die EZB sei zu dieser Art von regionaler Fiskalpolitik aber gar nicht legitimiert.

Trotz alledem seien die Probleme der Eurozone strukturell und nach wie vor ungelöst. Die Wirtschaftsleistung sei enttäuschend und die Arbeitslosigkeit steige in vielen Mitgliedsländern weiter stetig an. Zudem seien die notwendigen Preis- und Lohnsenkungen zur Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit südlicher Mitgliedsländer so hoch, dass sie ohne größere soziale Unruhen nicht umsetzbar seien. Gewisse Erfolge bei der realen Abwertung könnten hierüber nicht hinwegtäuschen. Die Eurozone sehe sich leider einem absehbaren Zukunftsszenario des Durchwurschtelns gegenüber. Nötig sei stattdessen letztlich eine europäische Schuldenkonferenz.